LEITARTIKEL

Uwe Schlicht

Was ist die richtige Antwort auf PISA?

Die Regierungsversprechen der rot-grünen Koalition und die Grenzen des Grundgesetzes

Deutsche Schüler schneiden bei internationalen Vergleichen mittelmäßig, ja beim Lesen sogar schlecht ab. Das wissen die Deutschen spätestens seit 1997, als ihnen die TIMS-Studie der OECD einen beschämenden Durchschnittsplatz bescheinigte. Deutsche Schüler sind in Mathematik und Naturwissenschaften nicht viel besser als amerikanischen Schüler. Das musste die Pädagogen aufschrecken. Hatten sie doch für die amerikanischen High-Schools mehr Geringschätzung auf Lager als Bewunderung. Das ist bei den Schulvergleichen anders als bei den Hochschulvergleichen. Da gelten amerikanische Universitäten für viele Professoren und Politiker als Vorbilder.

Was tun? Diese Frage wurde dramatisch zugespitzt, als im Sommer des Jahres 2002 die PISA-Ergebnisse im Leseverständnis und im Verständnis mathematischer Aufgaben veröffentlicht wurden. Wieder war die OECD der Organisator, und wieder waren die Ergebnisse für Deutschland beängstigend. Beim Lesevergleich schnitten die Deutschen noch schlechter ab als beim Mathevergleich. Wer gerade nur so viel lesen kann, dass er einfache Merkblätter zur Kenntnis nimmt, aber bereits dann versagt, wenn es gilt das Gelesene zusammenzufassen, zu hinterfragen, eigenständig zu Schlüssen aus der Lektüre zu kommen oder Merkblätter so zu benutzen, dass die darin enthaltenen Ratschläge auch angewandt werden können, der wird zum Risikofall für die Gesellschaft. Hilfsarbeiterjobs oder Dauerarbeitslosigkeit, ein Leben in Slumgebieten oder als Obdachloser – alles das könnte ihm bevorstehen. Die PISA-Untersuchung kommt zu dem Besorgnis erregenden Befund, dass diese niedrigste Kompetenzstufe von zehn Prozent der 15-Jährigen in Deutschland nicht erreicht wird. Sie sind keine Analphabeten, aber sie haben diese Stufe gerade nur überwunden.

Das Schlimme ist, das diese niedrigste Kompetenzstufe besonders häufig in Familien der sozialen Unterschicht und den Ausländerfamilien anzutreffen ist. Wo der Verdienst der Familie von ungelernten oder angelernten Arbeitern erwirtschaftet wird, »überschreiten zwischen 25 und 35 Prozent nicht die erste Kompetenzstufe im Lesen«. Wer beruflich nur zu Routineleistungen in der Lage ist, für dessen Kinder gelten vergleichbar niedrige Leseleistungen. Der Bildungserfolg ist im internationalen Vergleich in Deutschland am stärksten an die soziale Stellung der Eltern gekoppelt.

Kann sich die Bundesrepublik angesichts zurückgehender Jahrgangsstärken in der jungen Generation ein solches Versagen bei der Förderung von Kindern aus sozial schwachen Familien und Ausländerfamilien noch länger leisten? Müssen wir nicht bei zurückgehenden Geburtenraten alles tun, um auch in den benachteiligten Bevölkerungsschichten die Bildungsreserven auszuschöpfen? Wie wollen wir sonst international Anschluss gewinnen an jene Länder, die 50 Prozent ihrer Schüler zum Abitur führen und 40 Prozent eines Jahrganges an die Uni-

https://doi.org/10.5771/0034-1312-2003-1-5
Generiert durch IP '3.146.206.149', am 12.10.2024, 08:25:26.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

versitäten und Hochschulen schicken? Die Bundesregierung hat, obwohl ihr nach der Verfassung so gut wie keine Kompetenzen im Schulbereich zustehen, aus diesem Grund die Überwindung der Schulmisere zu einem zentralen Punkt ihrer Regierungserklärung gemacht.

Kann sie das, darf sie das oder soll sie den verstaubten Rezepten weiter vertrauen, die da lauten: Für die Reform der Schulen und die Verbesserung des Unterrichts sind die Länder zuständig, und im Übrigen gilt der Vorrang der Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder? Was tun, wenn im deutschen Schulsystem die Schüler im internationalen Vergleich sehr früh oder zu früh auf einzelne Schularten aufgeteilt werden und sich in diesen Schularten zugleich die soziale Schichtung der Gesellschaft spiegelt? Was tun, wenn immer mehr Frauen die Rollen als Hausfrauen, Berufstätige und Mütter zugleich ausfüllen müssen und unter dieser Überforderung zwangsläufig Opfer gebracht werden? Was tun, wenn immer mehr Frauen ihren Kinderwunsch hintenanstellen, weil sie wissen, dass sie als Mütter einen Karriereknick in Kauf nehmen müssen, der sie ihr Leben lang benachteiligt? Was tun, wenn die gesellschaftliche Entwicklung nun einmal so ist, dass unter diesen Bedingungen die Geburtenraten zurückgegangen sind und das deutsche Sozialsystem aus den Fugen gerät.

Wird Schulpolitik damit mehr denn je zuvor zugleich zur Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik? Die rot-grüne Bundesregierung reagiert auf diese Herausforderung mit einem Vier-Milliarden-Programm, mit dessen Hilfe 10 000 neue Ganztagsschulen bis zum Jahre 2007 geschaffen werden sollen. Das ist kein leichter Schritt in einer Zeit, in der bereits um Etatposten von 100 Millionen Euro gestritten wird. Es ist eine Versuchung für die Länder und die Kommunen, die nicht wissen, wie sie ihre Aufgaben noch finanzieren sollen. Es gibt aber zugleich auch die Angst der Länder, dass sich der Bund über den Milliardensegen auch in die Schulpolitik der Länder einmischen könnte – einen Bereich, in dem er fast keinerlei Kompetenz besitzt. Daher beruft sich die Bundesregierung auch mit ihrem Milliarden-Programm auf einen Krisen-Artikel des Grundgesetzes, den Artikel 104a, in dem es heißt: »Der Bund kann den Ländern Finanzhilfen für besonders bedeutsame Investitionen der Länder und Gemeinden gewähren, die zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts oder zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft im Bundesgebiet oder zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums erforderlich sind.«

Deswegen müssen die finanziellen Aufwendungen des Bundes erheblich sein – vier Milliarden Euro sind schließlich keine Peanuts. Und die Bundesregierung muss sich hüten, an die Vier-Milliarden-Morgengabe auch noch Bedingungen wie die Einhaltung eines bestimmten pädagogischen Konzepts zu knüpfen. Denn dann würde sie in die Kompetenzen der Länder eingreifen. Daher muss man besonders darauf achten, wer das Vier-Milliarden-Programm mit welchen Aussagen begründet. Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn hat ihren Ehrgeiz, sich inhaltlich in die Reformdebatte ein zumischen, vorerst zurückgestellt. Sie sagt denn auch folgerichtig, Bildungsausgaben »sind Investitionen in die Zukunft eines Landes. Eine gebildete und qualifizierte Bevölkerung ist eine notwendige Voraussetzung für wirtschaftlichen Wohlstand und Wachstum.« Bei dem Investitionsprogramm »Zukunft Bildung und Betreuung« – unter diesem Titel läuft das Vier-Milliarden-Programm – »handelt es sich in Ausmaß und Wirkung um eine besonders bedeutsame Investition mit besonderem Gewicht für die Verbesserung der gesamtstaatlichen Struktur zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums«.

Der GEW-Vorsitzenden Eva-Maria Stange bleibt es überlassen, dafür einiges zu den Inhalten und zur Pädagogik zu sagen. Auf keinen Fall dürfe das Geld für jene Schulen verwendet werden, die nur »Halbtagsschulen mit Suppenküche und angeschlossener Bewahranstalt für

https://doi.org/10.5771/0034-1312-2003-1-5
Generiert durch IP '3.146.206.149', am 12.10.2024, 08:25:26.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Kinder« seien. Und die Schulexpertin in der GEW Marianne Demmer ergänzt, ein schulisches Ganztagsangebot müsse mindesten an vier Tagen in der Woche acht Stunden geöffnet sein. Das pädagogische Konzept habe auf deutlichen schulreformerischen Elementen zu basieren. Was sich am Vormittag ereigne, müsse auf den Nachmittag bezogen sein und – auch in umgekehrter Richtung – miteinander korrespondieren. Ganztagsschulen haben für Lernen, Verpflegung/Gesundheit, Spielen und Erholung, Begegnung und Kommunikation, Ruhe und Rückzug zu sorgen.

Keiner wagt es zu sagen, was jedoch in den Hinterköpfen mitgedacht werden dürfte. Die Politiker trauen es den Eltern nicht mehr zu, dass sie zu Hause für jenes Milieu zu sorgen, das die Schule in der Vergangenheit vorausgesetzt hat: Es stehen genügend Bücher im Elternhaus, die Eltern haben ein Auge darauf, was die Kinder lesen, sie sprechen mit ihren Kindern über das, was sie in der Schule lernen und was sie gelesen haben, sie helfen bei den Hausarbeiten – zumindest in Deutsch, Mathematik und Englisch. Schon längst wissen die Lehrer, dass selbst Kinder aus Familien mit einem hohen Lebensstandard oft keine Lust mehr haben, sich der Anstrengung längerer Literaturlektüre auszusetzen. Das dürfte eine Folge sowohl des übermäßigen Medienkonsums als auch übermächtiger Modetrends sein. Gegen die zu stemmen, sind Eltern, selbst wenn sie es wollten, nahezu machtlos. Was man in Büchern, Gedichten oder Theaterstücken lernen kann, ist längst nicht mehr Schülergespräch, vielleicht mit Ausnahme von Harry Potter Wer im Schülergespräch glänzen will, demonstriert seine Kenntnisse über Fernsehfilme, Videos, Computerspiele, Schlagerstars oder Mode. Kann man, wenn Vater und Mutter berufstätig sind und ihnen sowohl die Zeit wie auch die Nervenkraft fehlt, sich außerdem intensiv mit der Bildung ihrer Kinder zu beschäftigen, noch auf den Erziehungsauftrag der Eltern bauen?

Deswegen gehört es pädagogisch zu den dominierenden Zielen der Ganztagsschule, die Nachmittagsstunden zu der Bewältigung von Hausaufgaben zu nutzen – aber die Schüler bleiben dabei nicht auf sich allein gestellt, sondern bekommen Vertiefung und Anregung von ihren Lehrern. Der privat finanzierte Nachhilfeunterricht kann entfallen. Darüber hinaus ist die Ganztagsschule jedoch auch auf die Zusammenarbeit mit Sportvereinen und freien Trägern angewiesen, die für ein sinnvolles Freizeitangebot je nach Interesse der Schüler zu sorgen haben. Dies alles zu organisieren, ist Aufgabe der örtlichen Schulträger. Die Bundesregierung kann nur die baulichen Voraussetzungen schaffen, ohne die ein Ganztagsangebot ins Leere laufen würde: Räume für ein Mittagessen, Schulbibliotheken, die – auch wenn sie bereits vorhanden sind – zumindest besser mit Büchern, Computern und Medien ausgestattet werden müssen, Räume zum Werken und eine Verbesserung der Sportanlagen. Ganz ungeschoren kommen die Länder und vor allem die Gemeinden bei diesem Ausstattungsprogramm nicht davon: Sie müssen zehn Prozent der Kosten gegenfinanzieren – also 400 Millionen Euro bis zum Jahr 2007.

Noch gravierender ist für Länder und Gemeinden die längerfristige Perspektive. Was sie heute an Geldern für den Ausbau der Ganztagsschulen ausgeben, müssen sie in eigener Verantwortung nach dem Jahr 2007 weiterfinanzieren. Und dann kommen die großen Personalausgaben auf die Länder zu. Denn mehr Lehrer, Sozialarbeiter und Psychologen an den Schulen kosten zusätzliches Geld. Die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Karin Wolff, hat das Dilemma auf den Punkt gebracht: »Kinder kann man nicht nach vier Jahren abstellen. Der Bund muss daher gewährleisten, dass das Ganztagsprogramm dauerhaft trägt.« Auf die Dauer gehe dies »nur mit einer Neuverteilung der Umsatzsteueranteile, damit nicht nur die reinen

https://doi.org/10.5771/0034-1312-2003-1-5
Generiert durch IP '3.146.206.149', am 12.10.2024, 08:25:26.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Baukosten, sondern auch die Personalkosten für die Ganztagsangebote bezahlt werden können«.

Die Regierungserklärung hat mit ihrem bildungspolitischen Schwerpunkt auch noch andere Herausforderungen formuliert, bei denen sich für die Länder unmittelbar die Frage stellt, ob der Bund seine Kompetenzen überschreitet. Es ist schon ein Balanceakt, wenn die Bundesregierung verbindliche Bildungsstandards für die Schulen in allen Ländern fordert, deren Einhaltung regelmäßig durch Tests und Vergleichsarbeiten überprüft werden sollen. Und es ist genau so eine Gratwanderung, wenn die Bundesregierung alle zwei Jahre Berichte über die Situation der Bildung in Deutschland verlangt, die unter Mitwirkung von auswärtigen Experten erarbeitet werden sollen. Sind Bildungsstandards und Bildungsberichte unumgänglich, um von der Bundesrepublik wirtschaftlichen Schaden abwenden zu können oder stellen sie Eingriffe in die Kernkompetenzen der Länder dar? Die Kultusminister bekennen sich nach dem PISA-Schock zu einer regelmäßigen Bildungsberichterstattung, aber in eigener Regie. Und die Kultusminister wissen auch, dass es ohne Bildungsstandards, Vergleichsarbeiten in den Schulen und nationale Tests keine aussagekräftigen Bildungsberichte geben kann. Eine Einigung zwischen Bund und Ländern erscheint dann möglich, wenn beide Seiten pragmatisch vorgehen und einen Grundsatzkonflikt um Verfassungsfragen vermeiden.

Pragmatisches Vorgehen empfiehlt sich auch bei einer anderen Kernaussage der Regierungserklärung. Die Bundesregierung wünscht ein Hochschulranking in Deutschland einzuführen. Dieses Feld wie bisher Zeitschriften und Magazinen zu überlassen – dem Spiegel, Focus, dem Stern oder dem Manager-Magazin – ist nicht der Weisheit letzter Schluss, weil die Vorgaben der Magazine vor allem am Interesse der Abiturienten und Studenten oder Unternehmer orientiert sind. Die Verlage wollen ihre Magazine möglichst in hoher Auflage verkaufen. Je nach dem Ehrgeiz, eine bestimmte Aussage zu erreichen, fallen die Ergebnisse aus. Es gibt zu viele Widersprüche neben einer ganzen Reihe von Übereinstimmungen. Es ist eben ein großer Unterschied, ob in den Mittelpunkt eines Rankings die Frage gestellt wird, wie schnell komme ich in einem Studiengang zum Abschluss, wie sind die Arbeitsplätze in den Bibliotheken mit Büchern und Computern ausgestattet, wie viele Wissenschaftler kümmern sich wirklich um die Betreuung der Studenten, oder sind die Studentenkneipen attraktiv. Ganz anders sieht ein Ranking aus, das der Frage nachgeht, an welcher Stelle steht die Physik, die Chemie, die Medizin oder die Rechtswissenschaft in der Forschung und in der Reputation der Professoren.

Das viel zitierte Vorbild für ein Hochschulranking sind die Vereinigten Staaten, aber dort erfüllt das Ranking eine andere Funktion als es unter den derzeitigen Bedingungen in Deutschland möglich wäre. In den USA ist die Bewertung einer Universität als Ganze deshalb wichtig, weil davon als erstes die Nachfrage der Studenten abhängt und von dieser die Höhe der Studiengebühren. Und von beidem zusammen wird die Bereitschaft der Eltern bestimmt, sich im Interesse ihrer Kinder hoch zu verschulden. Studiengebühren mit Jahreskosten zwischen 20 000 und 30 000 Dollar lohnen sich an den Elite-Universitäten nur dann, wenn sie den erfolgreichen Absolventen den Weg in Spitzenpositionen von Wirtschaft und Staat ebnen.

In Deutschland kennt man solche Studiengebühren und Erfolgsmechanismen für die Karriere noch nicht. Daher wäre die Bundesregierung gut beraten, wenn sie auf eine Vielfalt von Rankings setzt: Wenn es um ein echtes Hochschulranking nach den Forschungsleistungen geht, dann sind die Drittmittel, die die Deutsche Forschungsgemeinschaft vergibt, die Zahl der Sonderforschungsbereiche und Graduiertenkollegs wichtige Indikatoren für die Leistungen

https://doi.org/10.5771/0034-1312-2003-1-5
Generiert durch IP '3.146.206.149', am 12.10.2024, 08:25:26.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

einer Universität oder für den Leistungsvergleich in einzelnen Fächern. Auch die Statistiken der Alexander-von-Humboldt-Stiftung sind hier hilfreich, geben sie doch Hinweise auf die Auswahl jener Universitäten durch ausländische Spitzenwissenschaftler, die zu einem Forschungsaufenthalt nach Deutschland kommen. Und für die Gesamtschau mit einem starken Beratungsakzent für die Studenten bieten sich die Rankinglisten des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) an. Sie sind in jahrelanger Vorbereitung inzwischen so ausgereift, dass sie selbst von den Fachbereichen einzelner Universitäten, die sich zu negativ beurteilt sehen, nicht aus den Angeln gehoben werden können. Immerhin steht hinter dem Ranking des CHE eine intensive Zusammenarbeit zwischen der Hochschulrektorenkonferenz, der Bertelsmann-Stiftung und dem Magazin Stern. Vor allem eines empfiehlt sich für Deutschland: Keine Pauschalaussage für die Rangfolge ganzer Universitäten, sondern eine Auffächerung in die Leistungen von Disziplinen und Fachbereichen. In diesem Sinne hat sich auch bereits die Hochschulrektorenkonferenz in ihrer Kritik an der Regierungserklärung geäußert.

An Kritik fehlt es auch nicht aus den Reihen der Max-Planck-Gesellschaft und der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Vor Jahren war einmal vereinbart worden, dass Bund und Länder für die Großorganisationen der Forschung jährliche Steigerungsraten von jeweils fünf Prozent vorsehen. Das war auch sinnvoll, denn bundesweit gibt es einen bemerkenswerten Rückzug des Staates aus der Grundfinanzierung der Hochschulen. Damit die Forschung keine Einbrüche erleidet, sollten die Gelder bei den Organisationen erhöht werden, die ihre Fördergelder im Leistungswettbewerb an die Hochschulen vergeben oder mit den Universitäten in der Entwicklung eng zusammenarbeiten. Aus der Fünf-mal-fünf-Steigerung wurde mit den Jahren der öffentlichen Haushaltskrisen eine 3,5-Steigerung, und heute droht sogar ein nur 2,5-prozentiger Zuwachs an der Finanznot der öffentlichen Kassen zu scheitern.

Zur Zeit sieht es so aus, dass allenfalls die Deutsche Forschungsgemeinschaft einen 2,5-prozentigen Zuwachs in diesem Jahr dann erhalten kann, wenn sich Bund und Länder auf folgenden Trick einigen: Beim Hochschulbau finanzieren die Länder ihren Anteil vor, bevor der Bund seinen Anteil von 50 Prozent der Kosten nachschiebt. Wenn man ohne Schaden für den Hochschulbau vorübergehend die Nachschiebebeträge des Bundes dazu nutzen könnte, um in diesem Jahr der Deutschen Forschungsgemeinschaft zu helfen, wäre wenigstens eine Notlösung in Sicht. Aber dieser Ausweg bliebe als Provisorium weit unter der Aussage in der Regierungserklärung: »Unser Ziel ist, dass der Anteil der öffentlichen und privaten Investitionen in Forschung und Entwicklung bis 2010 auf drei Prozent des Bruttoinlandproduktes steigt.«

In der Regierungserklärung bietet der Bund den Ländern einen Pakt für die Hochschulen an mit folgenden Kernpunkten: Die Einführung eines gestuften Systems von Studienabschlüssen mit dem Bachelor oder Master, die wechselseitige Anerkennung von Abschlüssen und eine stärkere internationale Ausrichtung der deutschen Hochschulen. Das ist nichts anderes als Wortgeklingel, denn hier besitzt die Bundesregierung überhaupt keine Kompetenz. Die Einführung neuer Studiengänge mit dem Bachelor und Master ist allein Sache der einzelnen Hochschulen. Deren Anerkennung liegt in den Händen von Akkreditierungsagenturen, auf die sich Kultusminister und Hochschulrektoren geeinigt haben. Allenfalls können einzelne Bundesländer in Zielvereinbarungen oder Hochschulverträgen die Universitäten und Fachhochschulen dazu veranlassen, innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums neue Studiengänge einzurichten. Aber schon bei der Festlegung auf quantitative Vorgaben in den Zielvereinbarungen wird es problematisch. Die Anerkennung der Abschlüsse hängt davon ab, mit welchen Kreditpunkten und Modulen die einzelnen Hochschulen ihre neuen Studiengänge ausstatten. Das zu überprüfen ist wiederum Sache der Akkreditierungsagenturen. Mit anderen Worten: An

https://doi.org/10.5771/0034-1312-2003-1-5
Generiert durch IP '3.146.206.149', am 12.10.2024, 08:25:26.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

dem nicht gerade berauschenden Tatbestand, dass erst 15 Prozent aller Studiengänge in Deutschland nach dem neuen System mit Bachelor und Master organisiert sind, kann die Bundesregierung überhaupt nichts ändern, egal welcher deutsche Wissenschaftsminister die Bologna-Deklaration unterzeichnet hat. Erst 1600 neue Studiengänge gibt es in Deutschland und nur 160 von ihnen sind bisher akkreditiert. Die Wirtschaft tut sich schwer, Absolventen mit den neuen Abschlüssen einzustellen. Und auf dem einzigen Feld, auf dem die Bundesregierung vorbildlich vorangehen könnte, bei einer richtungweisenden Einstufung der Hochschulabsolventen mit dem Bachelor und Master im Öffentlichen Dienst, zeigt sich die Innenministerkonferenz knauserig und im herkömmlichen Denken befangen. Was soll daran ein Pakt ändern? Und international haben die britischen Universitäten gerade deutlich gemacht, was sie vom deutschen Bachelor halten: Er reicht in Großbritannien nicht für die Qualifikation zum Masterstudium aus. Das deutsche Diplom und der Magisterabschluss werden in Großbritannien gerade mal wie ein englischer Bachelor gewertet. Und das alles trotz der Bologna-Erklärung, die auch Großbritannien unterzeichnet hat, als Markstein auf dem Weg zu einem in Europa durchlässigen Hochschulsystem.

Verf.: Dr. h.c Uwe Schlicht, Journalist, bis zum April 2002 verantwortlich für Bildung und Wissen beim Tagesspiegel, 14167 Berlin, Möllerpfad 2

https://doi.org/10.5771/0034-1312-2003-1-5
Generiert durch IP '3.146.206.149', am 12.10.2024, 08:25:26.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.